

# Rio+20: Forderungen an die Bundesregierung

Der Rio-Prozess steckt in einer schweren Krise: auch 20 Jahre nach der ersten Weltnachhaltigkeits-Konferenz in Rio de Janeiro hat keine der drei Rio-Konventionen ihre Ziele erreicht. Deutschland gilt international als Vorreiter beim Klima- und Umweltschutz. Umso unverständlicher ist es, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Teilnahme am „Rio +20“-Gipfel (20. – 22.6.) abgesagt hat und stattdessen ihre Minister Peter Altmaier (Umwelt) und Dirk Niebel (Wirtschaftliche Zusammenarbeit) entsendet – zumal die Kanzlerin unmittelbar zuvor wegen des G20-Gipfels in Mexiko ist (18. – 19.6.).

Wenn schon die Kanzlerin nicht nach Rio fährt, sollten die deutschen Minister zumindest nicht mit leeren Händen nach Brasilien kommen, sondern durch neue, starke Initiativen den festgefahrenen UN-Tanker wieder flott machen.

- ▶ **Klimaschutz:** Die Zusagen der Industriestaaten zur CO<sub>2</sub>-Reduktion bleiben weit hinter dem Notwendigen zurück. Die UN-Klimaverhandlungen stecken beim Thema Minderungsziele fest, die derzeit vorliegenden Reduktionsziele würden zu einer Erwärmung von 4 bis 6 Grad in diesem Jahrhundert führen. Auch das Klimaziel der EU (20% Reduktion bis 2020 gegenüber 1990) ist viel zu schwach (die EU hat bereits jetzt über 17% Reduktion erreicht). Der Rio-Gipfel findet eine Woche vor dem EU-Gipfel der Regierungschefs statt. **Deutschland muss in Rio ankündigen, dass sich die Bundesrepublik ohne Vorbehalte für ein internes EU-Klimaziel von mindestens 30% gegenüber 1990 ausspricht und dies beim EU-Gipfel auf die Agenda setzen will.**
- ▶ **Atomkraft:** Deutschland hat den Atomausstieg und eine Energiewende beschlossen. Zugleich sichert die Bundesregierung den Bau von Atomkraftwerken in Brasilien (ANGRA-3) durch Hermes-Bürgschaften ab. Wer aus der Atomkraft aussteigt, kann nicht andernorts den Bau von Atomkraftwerken unterstützen. **Deutschland muss deshalb in Rio ankündigen, dass die Bundesregierung keine Bürgschaften für Atomkraftwerke mehr übernimmt.**
- ▶ **Meeresschutz:** Das Ziel der UN-Biodiversitätskonvention (CBD), den Artenverlust bis 2010 signifikant zu reduzieren, wurde verfehlt. Der Artenverlust zu Land und zu Wasser durch Urwaldzerstörung, Landwirtschaft, Flächenversiegelung und Überfischung der Meere setzt sich ungebrems fort. Der Schutz der Artenvielfalt der Meere und der Fischbestände auf der Hohen See ist eines der großen Versprechen von Rio, die in keinsten Weise umgesetzt wurden. Nur durch die Einrichtung von Meeresschutzgebieten und einer Reduktion der weltweiten Fischerei-Flotten ist dies zu erreichen. Der Erfolg von Rio misst sich unter anderem daran, ob Verhandlungen für ein UN-Hochseeschutzabkommen beschlossen werden. **Die Bundesregierung sollte in Rio ankündigen, dass sich Deutschland für ein neues UN-Hochseeschutzabkommen einsetzt, das den Schutz der Artenvielfalt und nachhaltige Fischerei auf der Hohen See ermöglicht.**
- ▶ **Urwaldschutz:** Brasilien, Gastgeber der Rio-Konferenz, ist gerade dabei, sein Waldgesetz so zu ändern, dass dies zu einer weiteren Zerstörung des Amazonas-Urwaldes führen wird. **Die Bundesminister müssen deshalb in Rio einen Stopp der Entwaldung bis 2020 einfordern und die**

**Bereitschaft Deutschlands bekräftigen, diesen Prozess in Brasilien und weltweit zu unterstützen.**

- ▶ **Nachhaltige Entwicklung:** Nachhaltige Entwicklung ist nicht möglich, solange nicht-nachhaltiges Handeln staatlich belohnt wird. 2011 wurden weltweit rund 600 Milliarden Dollar Subventionen für klimaschädliche fossile Brennstoffe gezahlt, aber nur 70 Milliarden für Erneuerbare Energien. **Die Bundesregierung sollte in Rio die Verabschiedung eines festen Zeitplans für den weltweiten Abbau umweltschädlicher Subventionen einfordern.** In einem ersten Schritt sollte der Abbau der Subventionen für fossile Brennstoffe bis 2015 beschlossen werden. Für nachhaltige Entwicklung ist zudem ein neuer Wachstumsbegriff nötig, der über das Bruttonettoprodukt (BIP) hinaus geht. **Deutschland sollte in Rio die Einsetzung einer Kommission einfordern, die einen umfassenden Indikator für nachhaltige Wirtschaften und nachhaltige Entwicklung jenseits des BIP erarbeitet.**
- ▶ **Klimafinanzierung:** Damit Entwicklungsländer eine „grüne Wirtschaft“ aufbauen können und Klimaschutz sowie die Anpassung an die Folgen des Klimawandels bezahlen können, brauchen sie finanzielle Unterstützung. Bisher ist völlig ungeklärt, ob und wie die Industriestaaten die von ihnen zugesagten 100 Milliarden Dollar Klimagelder pro Jahr für Entwicklungsländer ab 2020 bereit stellen werden. Deutschland sollte in Rio nicht nur für den Sitz des „Grünen Klimafonds“

in Bonn werben. **Die Bundesregierung sollte die Einführung einer Finanztransaktionsteuer auf Börsengeschäfte und Spekulationen ankündigen, von deren Einnahmen ein Drittel für Klimafinanzierung verwendet werden sollte. Sie sollte sich in Rio zudem für globale Abgaben aus dem Schiffs- und Flugverkehr zur Klimafinanzierung stark machen.**

- ▶ **Welthandel:** Wie alle Industrieländer, so stützt auch Deutschland seinen Wohlstand und sein wirtschaftliches Wachstum auf ein unfaires Handelssystem. **Deutschland muss in Rio eine grundlegende Neuausrichtung der Welthandelsordnung auf die Ziele der Konventionen von Rio einfordern, die den Handel mit sozial fairen und ökologisch nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen begünstigt und umweltschädigende Unternehmen haftbar macht.**
- ▶ **Schutz der Arktis:** Der Hunger der Industrie nach immer neuen Ölvorkommen sowie auf die von der Schmelze des Sommeres freigelegten Fischgründe gefährdet die Arktis. Der vehemente Vorstoß der Ölindustrie in die Arktis, eine der ökologisch sensibelsten Regionen der Erde, kann von Deutschland nicht gut geheißt werden. **Die Bundesregierung soll daher in Rio zu einer Arktis-Schutzkonferenz für 2013/2014 einladen,** auf der Wissenschaftler, zivilgesellschaftliche Organisationen sowie die am meisten vom Klimawandel betroffenen Staaten ein Zukunftskonzept für die Arktis entwickeln, das industrielle Ausbeutung ausschließt.